

Den städtischen Wohnungsunternehmen ist ihre eigene Verpflichtung egal - die Mieter sind die Geschröpften

Mit dem begrüßenswerten "Bündnis für soziale Wohnungspolitik und bezahlbare Mieten" haben sich die sechs landeseigenen Berliner Wohnungsunternehmen im September 2012 verpflichtet, der Mietpreisexplosion in Berlin entgegenzutreten. "Preisdämpfend" wolle man wirken, so der eigene Anspruch. Eine lobenswerte Selbstverpflichtung, wenn man sich denn daran hielte, denn die gestern seitens des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen veröffentlichten Zahlen sprechen nicht nur eine andere Sprache, sondern sorgen für Erschrecken und Empörung:

Fast 22.000 (!) Mieterhöhungen sollen die landeseigenen Wohnungsunternehmen mit Wirkung zum 01.01.2017 an ihre Mieter versandt haben; die dort abverlangten Mietpreisseigerungen sollen zum größten Teil über 10 %, mitunter bis zu 14 % betragen (Quelle: Berliner Zeitung vom 31.01.2017). Von "erschreckenden Zahlen" und einem "nicht hinnehmbaren Vertrauensbruch" zu Lasten der ohnehin finanziell arg gebeutelten Mieter der Landesunternehmen spricht der Präsident des Spandauer Mietervereins für Verbraucherschutz e.V., Herr Heinz Troschitz, in einer ersten Stellungnahme. "Kopfschütteln reicht da nicht, hier muss man von einem öffentlichen Skandal sprechen!", meint Troschitz vor dem Hintergrund, dass die Erhöhungen wohl gerade (!) im Wissen um die Vorgabe des noch nicht umgesetzten Koalitionsvertrages, der die Mieterhöhungen bei landeseigenen Wohnungsunternehmen für die nächsten 4 Jahre auf maximal 2 % pro Jahr beschränkt, erfolgt. Mit anderen Worten: Die Landesunternehmen nutzen letzte Erhöhungsmöglichkeiten wohl nahezu maximal aus, bevor die Koalitionsvereinbarung greifen kann. Damit zeigt man der eigenen Landesregierung, wie herzlich egal deren Vorgaben sind und lässt das "Mietenbündnis" zur bloßen Makulatur werden. Verlierer: die Mieter der Landesunternehmen.

Troschitz: "Hier ist nun die Politik gefragt, die sich dann, wenn sie ihre Glaubwürdigkeit nicht gänzlich verlieren will, von den Landeseigenen nicht am Nasenring durch die Manege führen lassen darf, wie es gerade vor aller Augen geschieht!". Deutliche Worte der zuständigen Senatorin, aber auch aller anderen Regierungs- und Oppositionspolitiker sollten folgen, stehen aber bis jetzt noch aus.

Mietern, die von den genannten Mieterhöhungen der landeseigenen Wohnungsunternehmen betroffen sind, stehen wir wie gewohnt zur Seite; bitte wenden Sie sich im Bedarfsfall an uns!

Für Rückfragen in der Sache erreichen Interessierte unseren Pressesprecher
Uli Ebermann unter 0174-367 81 52!